



Gert G. Wagner ist Vorsitzender des Vorstands des DIW Berlin

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Zukunft sichern statt Steuern senken

Viele Bürger und Medien begrüßen die vermeintlich frohe Kunde: Zum 1. Januar 2013 soll die Abgabenlast sinken. Besonders kleine und mittlere Einkommen sollen entlastet werden. Um wie viel, steht noch nicht fest. Genaues will die Regierung nach der Steuerschätzung im Herbst entscheiden und die „dann vorhandenen Spielräume“ nutzen. Von etwa zehn Milliarden Euro ist die Rede. Freilich: Wer eine verantwortliche Zukunftsplanung will, dem fällt es schwer, überhaupt „Spielräume“ zu erkennen, denn trotz Boom steigen die Gesamtschulden und anfallenden Zinsen weiter. Und selbst wenn man Spielräume sieht: Vieles spricht aber dafür, dass auch für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen Investitionen in Bildung, Chancengleichheit und Haushaltssanierung auf lange Sicht wesentlich lukrativer wären als eine kleine Senkung der Abgabenlast. Denn Investitionen sichern die Zukunft des Landes und stehen nicht im Verdacht, nur kurzfristig Wählerstimmen zu sichern.

Deutschland bejubelt den Wirtschaftsboom und ein neues Jobwunder. Die Stimmung ist gut, die Konjunkturkurven weisen momentan nach oben. Und es stimmt: Gemessen an den riesigen Defiziten, die in Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise aufgebaut wurden, hat sich auch die Situation der öffentlichen Haushalte verbessert. Allerdings hauptsächlich, weil sie vorher so miserabel war. Der Großteil des aktuellen Aufschwungs ist erst einmal eine reine Aufholjagd. Er ist sehr erfreulich, aber kein Grund zum Jubeln, und schon gar kein Grund zum Geldausgeben. Denn wann, wenn nicht in Boomphasen, sollen Staatsfinanzen saniert und Haushalte ausgeglichen werden?

Auch im Superaufschwung liegt das Haushaltsdefizit noch bei 1 bis 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die Schuldenquote deutlich über 80 Prozent. Zusätzlich drohen neue Milliardenlasten durch Energiewende, Bundeswehrreform und Euro-Rettung – ganz zu schweigen von den schwierigen Perspektiven, die sich durch die demografische Entwicklung ergeben. Haushaltspolitischer Spielraum wurde bislang anders definiert.

Aber vielleicht lässt sich durch die Steuersenkung die Schere zwischen Arm und Reich schließen? Schließlich sollen gezielt die kleinen und mittleren Einkommen steigen. Können Steuerentlastungen also zur Lösung von Verteilungsproblemen im unteren Einkommensbereich beitragen? Die Antwort lautet: eher nicht. Von einer Senkung des Einkommensteuertarifs im Eingangsbereich würden vor allem mittlere Einkommen profitieren. Geringverdiener zahlen bereits heute keine oder kaum Einkommensteuer. Will man mehr Verteilungsgerechtigkeit erreichen, müsste man hingegen die oberen Einkommensteuersätze anheben oder größere Vermögen stärker besteuern. Das könnte auch zum Schuldenabbau beitragen und mehr haushaltspolitischen Spielraum für die Zukunft schaffen.

Verteilungspolitisch wirksamer wäre eine Senkung der Sozialabgaben. Davon würden auch untere Einkommen profitieren – allerdings nicht die Minijobber, die gar keine Abgaben zahlen, und auch nicht die Rentner und Hartz-IV-Empfänger. Und die angesichts der Demografie wacklige Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung wird auch nicht stabilisiert, wenn jeder Wirtschaftsaufschwung zur Senkung des Beitragssatzes genutzt wird, anstatt mehr Rücklagen aufzubauen.

Wer sich mit offenen Augen auf die Suche nach einem Bindeglied zwischen gerechter Verteilung und Nachhaltigkeit macht, entdeckt nicht nur die Haushaltskonsolidierung, sondern auch Chancengleichheit und Bildung. In Zeiten der Finanzkrise ist das Thema in den Hintergrund geraten, aber über den späteren Wohlstand im Leben entscheidet immer noch die Bildung. In die Bildung und Betreuung muss investiert werden – von klein auf. Hier können langfristig hohe Renditen erwirtschaftet werden. Wenn die Bundesregierung finanziellen Spielraum sieht, sollte sie ihn nutzen, um nachhaltig in die Zukunft des Landes zu investieren: in Schuldenabbau und mehr Chancengleichheit.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Frauke Braun
PD Dr. Elke Holst
Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.

Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.